

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Die Zeitung wird täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig...

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 1 Rgr.

Die Dresdener Conferenzen.

Der dresdener Correspondent der Allgemeinen Zeitung, der sich schon neulich in einem bittern Artikel über die Kleinstaaten erging, die „Erstgenannten“, wie er sie nannte, welche das neue Deutschland nicht zustandekommen lassen, berichtet in einem neuen Artikel über die Plenarversammlung der Ministerconferenz vom 23. Febr., bestätigend, was wir schon mittheilten: ihre völlige Erfolglosigkeit. Er schreibt: Alle Hoffnungen, die sich etwa noch an Dresden knüpfen könnten, sind vorläufig durch die letzte Abstimmung zerstört. Diese Abstimmung sollte sich über die Berichte der ersten und zweiten Commission verbreiten, d. h. die wichtigsten Arbeiten, die hier beendet waren, wurden vorgelegt. So wenig man früher unterrichtet war, jetzt erfährt man, worin diese bestanden. Die Eintheilung der zwei Bundesorgane für die Executive von 11 Stimmen und das Plenum der Gesetzgebung brauche ich nicht mehr zu erwähnen, dagegen waren die andern Arbeiten intensiv wichtiger; ich will nur erwähnen die Anträge, welche dahin gingen, das bisherige liberum veto des (polnischen Reichstags) Bundestags aufzuheben und die gemeinnützigen Anordnungen sowie die wichtigsten Fragen der Gesetzgebung unter die Beschlüsse der Majorität zu stellen. Ferner war eine sehr gut begründete Arbeit über die Nothwendigkeit der Volksvertretung am Bundestage, Versammlung der ständischen Ausschüsse aus ganz Deutschland, zur Vorlage fertig. Die Mittelstaaten, an der Spitze Hannover und Baiern, hatten es durch ihre Bevollmächtigten dahin gebracht, daß ihrem entschiedenen, energischen Auftreten gegenüber kein Staat mehr, selbst nicht Oesterreich und Preußen, die Nothwendigkeit einer Volksvertretung am Bunde geradezu bestritten; Preußen war nicht dagegen, und Oesterreich besann sich oder schien zuzustimmen. Kurz man hegte hier die Hoffnung, daß auch in dieser Frage etwas Gebeiliches erreicht werden könne. Ich habe mich in dieser Beziehung speciell erkundigt, und habe gefunden, daß die Befürchtungen nicht so begründet waren, als man aus den Zeitungsnachrichten entnehmen mußte. Man hätte sich wahrscheinlich zu einer Versammlung ständischer Ausschüsse nach erfolgter Revision der deutschen Verfassungen verstanden. Hiermit im engsten Zusammenhang standen dann die Arbeiten der zweiten Commission, welche darauf hinausliefen, eine oberste Competenz der Gesetzgebung der Gesamtheit im Centrum für ganz Deutschland neben einer kräftigen Executive nach außen und innen durchzusetzen. Auch in diesem Punkte war die graffe Reaction geschlagen; man hatte zwar die Unthunlichkeit einer allgemeinen Steuerverweigerung als Princip für die Einzelverfassungen aufgestellt, aber jede weitere Beschränkung der Steuerverweigerung, jede Ausnahme von speciell reactionären Wünschen abgelehnt; kurz, man war zu einer Begründung des constitutionell-monarchischen Verfassungsrechts gekommen, ohne die Grundsätze des Constitutionalismus anzutasten. Sogar von positiven deutschen Grundrechten war in den letzten Tagen die Rede, ja, eine eigene Commission für Entwerfung derselben soll ernannt sein, wo Baiern, Sachsen und Württemberg die Abfassung des Entwurfs übernahmen; ferner war man in den Principien deutscher Handelsvereinigung bis zu der Aufstellung eines allgemeinen Vertrags, ja bis zu einem Rechtstitel vorgeschritten, der in der neuen Bundesacte einen Anhaltspunkt für die definitive Einigung hätte gewähren können; und nun — alles Dies verhindern die Pygmaen von Deutschland und vernichten auf Einen Schlag die Hoffnungen des deutschen Vaterlandes! Nachdem diese Lastenstaaten zwei Jahre lang Revolution gespielt und durch ihre demokratischen Putsche das Vaterland in Verwirrung gesetzt, Deutschlands Ehre heruntergebracht, der unftinnigen Reaction der Kreuzzeitungsparthei in allen Ländern den Weg gebahnt, kommen diese Liliputaner und haben die Stirn, sich auf das Legitimitätsprincip zu stützen, fordern die Mecklenburger, fordern Baden, Gotha und Meiningen, Sondershausen und Bernburg, kurz diese Wespennester unserer Misere, die Gleichstellung mit Oesterreich, Preußen, Baiern, Sachsen, Württemberg und Hannover. Es ist diese Sache eine solche, die eines eigenen Merkmals in der deutschen Geschichte bedarf. Ich denke, wir hängen das Bild dieser Lilipute so hoch auf, daß es Jeder sehen kann. Ich gebe den Bericht, wie ich ihn von mehreren Ohrenzeugen vernahm.

Nachdem in der denkwürdigen Plenarversammlung vom 23. Febr. Oesterreich auf die Wichtigkeit des raschen Vorwärtsgehens zur Constitution Deutschlands aufmerksam gemacht hatte, antwortete Preußen auf jene doppeldeutige Weise, welche für Alle, die nicht Wolle auf dem Haupte tragen, höchst verständlich ist. Es konnte natürlich seinem eigenen, gemeinsam mit Oesterreich gemachten Vorschlage nicht direct ablehnend antworten — da wäre das Spiel mit den Dresdener Confe-

renzen denn doch etwas zu offen dagelegen — nein, es verlangte nur weitere Erwägung und Berücksichtigung aller Stimmen, auch der kleinsten Staaten, ehe zur wirklichen Einsetzung der neuen Organe geschritten würde. Was half es nun, daß sich Baiern an der Spitze, dann Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Nassau, kurz die Repräsentanten des bei weitem größten Theils von Deutschland für die Vorlagen der Commissionen aussprachen? Baden fühlte sich äußerst verlegt, daß es nicht mit den Königreichen auf Eine Linie gestellt werden sollte, und führte deshalb den Reihem der Opposition an. Sie wissen doch, was Das heißen will, dieses conservative und kräftige Baden, dieser Grenzposten Deutschlands, der stets überwacht werden muß, damit er nicht zum Feinde übergeht; ein Land, das seine eigene Reichsfestung nicht besetzen kann; das sich gegen Freunde und Feinde soeben noch immer schwankend, immer zweideutig gezeigt hat; dessen Theilung man in öffentlichen Blättern angerathen, damit Deutschland von diesem revolutionären Herde befreit werde. Dieses Baden war nicht damit zufrieden, daß es die Curatstimme, die mit ihm die beiden Hessen bilden, anführen sollte; es wollte mit den Mittelstaaten gleichgestellt sein; es wollte seine eigene Stimme — auch wenn es die Stimme der Revolution würde — gesichert haben. Daß nun die Mecklenburger als Schleppträger Preußens folgten und allerlei Gründe für die vollkommen genügende Gestalt und Wirkung des alten Bundes, ja für den Dualismus anzugeben wußten, konnte nicht Wunder nehmen. Jetzt schwoh den Kleinen und Kleinsten der Kamm gewaltig, und je kleiner der Staat, desto länger und bitter wurden die Gründe der Gleichstellung; Meiningen sprach seine Meinungen maßgeblich aus, daß es höchstens Oesterreich und Preußen, niemals aber so kleinen Staaten wie Baiern und Sachsen nachstehen könne, und es folgten dann mit geringer Ausnahme die übrigen Erstgenannten. Es waren stets dieselben Gründe der Frösche Deutschlands, quamvis sint sub aqua, sub aqua maledicere tentant. Auch das wenige Wahre, was die Hansestädte für ihre eigenthümliche Stellung, Verfassung und Interessen, die deshalb wol eigens vertreten werden könnten, aussprachen, ging in diesem Wogenschwall der Pygmaen unter. Die Aufzählung ihrer Namen möge genügen, um Diejenigen zu bezeichnen, welche den Rastatter Congress, und was darauf gefolgt, vergessen haben. Es stimmten für die Nichtigkeit aller Versuche zur neuen Constitution Deutschlands, für die Wiederherstellung des segensreichen alten Bundestags: Baden, die beiden Mecklenburger, Weimar, Oldenburg, Anhalt-Köthen, Dessau und Bernburg, Meiningen und Koburg, Altenburg, Lippe, Sondershausen, Waldeck, Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg. Eine ehrenwerthe Ausnahme der Selbsterkenntnis machten Braunschweig, Nassau, Rudolstadt, Büdaburg und die beiden Reuse. Die übrigen kleinen Staaten sprachen sich noch nicht entschieden aus; Holstein-Lauenburg und Limburg-Luxemburg lauern noch auf den Zerfall Deutschlands. Kommt hier wirklich nichts zustande, nichts für die Begründung eines conservativen Constitutionalismus, so möge das deutsche Volk wissen, wer es verschuldet!

Deutschland.

* Von der Ober, 1. März. Nichts ist wol weniger gegründet als die Beweise, womit man den Plan stützen will, die deutsche Kriegsflotte, diese noch allein übrig gebliebene so nützliche Schöpfung der frankfurter Nationalversammlung, fallen zu lassen. Man meint, es gehöre eine zu lange Zeit dazu, ehe Deutschland zu einer namhaften Kriegsmarine gelangen würde. So dachte Napoleon nicht, als nach der Schlacht bei Trafalgar Frankreichs Flotte vernichtet war und die französische Flagge sich auf dem Meere nicht mehr blicken lassen durfte. Kurzsichtige und kleinmüthige Seelen in Frankreich meinten damals auch, die Regierung solle sich von Seerüstungen ganz fernhalten, England die Herrschaft der Meere unbestritten überlassen und sich mit der Suprematie über den Continent begnügen, umsomehr, als die Unterhaltung der Landmacht schon die Kräfte Frankreichs so sehr in Anspruch nähme. Napoleon war anderer Meinung. Er machte den Plan, von 1806 ab jährlich 15—20 Linienfahrer vom Stapel laufen zu lassen, aber nicht eher in der See zu erscheinen, als bis er deren 120 besäße. England mochte anfänglich diesen Plan für ebenso chimärisch halten, als gegenwärtig unsere kurzichtigen Politiker den von der deutschen Flotte. Allein es erschraf vor einer drohenden Zukunft, als Frankreich mit dem Bau neuer Linienfahrer in Amsterdam, Rotterdam, Cherbourg u. bis Venedig consequent fortfuhr. Denn was war der Erfolg dieses eben nicht großen Anfanges? Im Jahre 1814, als die Bourbonen Frankreich wieder über-

nahmen, zählte dieses bereits 104 Linienschiffe und 53 Fregatten. So entsteht Großes aus kleinen Anfängen. Wer aber nicht anfangen will, wird auch nichts vollenden. Hätte Deutschland Napoleon's Beispiel nachgeahmt, mit wse geringen Opfern hätte es in den mehr als 30 Friedensjahren seit 1815 eine bedeutende Kriegsflotte erbauen können! Der Däne hätte dann nicht unsern Handel jahrelang gelähmt. Ebenso irrig urtheilen diejenigen deutschen Staaten, welche wegen ihrer binnenländischen Lage glauben, keine Flotte nöthig zu haben und sich deshalb von der Bethheiligung an den Kosten derselben bisher fernhielten. Allerdings kann eine Flotte Baiern und Sachsen unmittelbar nicht schützen. Allein wenn der Feind die Elbe sperrt und wir uns aus Mangel an Kriegsschiffen solche Blockaden gefallen lassen müssen, leiden dann bloß Hannover, Mecklenburg und Preußen darunter? Wird dann nicht auch Baierns und Sachsens Handel gelähmt? Wird Dies dann das letztere Land bei seinem starken Handel und seiner großen Industrie nicht doppelt fühlen? Mögen daher die säumigen Staaten sich ferner nicht mehr weigern, die restirenden sowie neue Beiträge zur Unterhaltung der deutschen Flotte zu zahlen, damit, nachdem ein guter Anfang in dieser nationalen Angelegenheit gemacht worden, wir auch hierin in Napoleonischer Weise erstarren und das maritime Ausland uns achten lernen.

§ Berlin, 2. März. Als Deputation des am 13. Febr. zu Elbing stattgefundenen Freihandelscongresses trafen gestern der Kaufmann Goullon aus Königsberg, Stadtrath Hertel aus Elbing und Gutsbesitzer v. Hennig auf Blonchott hier ein, um dem Ministerpräsidenten die dafelbst gefaßten Resolutionen und eine Petition um Handelsfreiheit zu überreichen, unterschrieben von der ostpreussischen landwirthschaftlichen Cameralstelle zu Königsberg, von der Direction des oberländischen Vereins praktischer Landwirthe, von dem Verein der Handlungsgehülften zu Königsberg, von den Stadtverordneten zu Graudenz, von dem Vorstände des landwirthschaftlichen Vereins zu Sensburg, von Magistrat und Stadtverordneten und dem landwirthschaftlichen Verein zu Strassburg, von dem Magistrat zu Graudenz, von dem landwirthschaftlichen Verein zu Elbing, von den Repräsentanten des Marienburger kleinen Werders, von den Stadtverordneten zu Mewe, von dem Gemeinderathe zu Elbing, von der Stadtcommune zu Pillau, von Magistrat, Stadtverordneten und Einwohnern zu Rhein, von der Kaufmannschaft zu Graudenz, von dem Verein für Freihandel zu Marienwerder, von dem fünf Communen des Ellerwaldes bei Elbing, von dem Magistrat zu Stuhm, von dem landwirthschaftlichen Verein zu Altmark, vom Magistrat zu Briesen und der Kaufmannschaft zu Gollup, von den Aeltesten der Kaufmannschaft zu Elbing, von dem Vereine westpreussischer Landwirthe zu Marienwerder — Unterschriften, welche mit Recht als der Ausdruck der öffentlichen Meinung der Ostseeprovinzen gelten mögen und die von Seiten der städtischen Behörden wol der meisten Städte auch noch unterschrieben worden wären, würde deren officielle Bethheiligung bei dem Elbinger Congresse nicht dadurch gehemmt worden sein, daß sich der Magistrat zu Danzig durch irgend einen hochbenamseten Schutzollner mißbrauchen ließ, den Congreß als einen politischen und daher als ungeeignet für die officielle Bethheiligung zu betrachten. Der Ministerpräsident hatte die Gewogenheit, die Deputation gestern sogleich zu empfangen, die Petition entgegenzunehmen und in einer längern Audienz sein reges Interesse für deren Inhalt an den Tag zu legen. Die Abgeordneten sprachen die Hoffnung aus, daß die deutsche Handelspolitik nicht einer deutschen Centralbehörde anheimgegeben und im Falle der Wiederherstellung des Bundes die Bestimmung des Art. XIX der Bundesacte und Art. LXIV der Schlussacte aufrechterhalten werde. Sie fügten den Wunsch bei, daß der Ministerpräsident seine schon der Deputation der Centralverwaltung der deutschen Freihandelspartei ausgesprochene Absicht, mit dem Schutzollsystem brechen zu wollen, in Bälde durch die That bestätigen möchte. Der Ministerpräsident versicherte dagegen, daß er, was die ersten beiden Punkte betrifft, die Ansicht der Abgeordneten vollständig theile und in diesem Sinne Nöthiges verfügen werde, in Bezug auf den dritten Punkt aber bemerkte er, daß von Seiten Preussens demnächst entschiedene Anträge erfolgen werden, welche den Wünschen der Freihandelspartei zu genügen, vollkommen geeignet sein dürften. Die Deputation reiste sehr befriedigt heute wieder zurück und man steht allseitig mit Verlangen den Schritten der Regierung entgegen.

— Der von Hrn. v. Bodelschwingh verfaßte Commissionsbericht über den Antrag des Hrn. v. Vinde: Eine Commission von 24 Mitgliedern zur Untersuchung der Lage des Landes niederzusetzen, ist erstattet. Das Resultat der Vorberathung ist bekannt: Uebergang zur Tagesordnung. Von den sieben Abtheilungen der II. Kammer haben sechs die einfach: Tagesordnung, die fünfte Verwerfung des Antrags empfohlen. Der Bericht entwickelt zuvörderst ein präjudicelles Bedenken: ob der §. 82 der Verfassung, welcher den Kammern die Befugniß beilegt, „behuft ihrer Information Commissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen“, vollständige Berechtigung zu einem dem Antrage entsprechenden Beschlusse gebe. Die Lage des Landes, sagt die Commission, sei keine Thatsache, sondern vielmehr ein Begriff, ein Urtheil, welches sich zwar auf eine Reihe von Thatsachen gründen könne, keineswegs aber unmittelbar aus denselben hervorgehe, sondern durch Combinationen und Vergleichen nach individueller Anschauung gebildet werden müßte. So könne dieses Urtheil, auf dieselben Thatsachen gestützt, je nach der Auffassung der Richter sehr verschiedenartig ausfallen; da es aber

schließlich nur auf dieses Urtheil, nicht auf die demselben zugrundeliegenden Thatsachen ankomme, so sei das Urtheil über die Lage des Landes als die eigentliche Aufgabe der nach dem vorliegenden Antrage zu bildenden Commission zu betrachten und lasse sich daher jene Aufgabe nicht unter die Bestimmungen des §. 82 subsumiren. Zwar würde hiergegen geltendgemacht, daß eine Untersuchung der Lage des Landes nichts Anderes als die Ermittlung eines Conglomerates einzelner Thatsachen und somit der §. 82, indem er das thatsächliche Untersuchungsrecht der Kammer nicht beschränke, unbedenklich auch auf eine zusammengesetzte Untersuchung anzuwenden sei; indessen wurde in dieser Entgegnung keine Widerlegung gefunden, und die Meinung blieb bestehen, daß die Anwendbarkeit des §. 82 auf den vorliegenden Antrag jedenfalls zweifelhaft erscheine. Von diesem Kompetenzbedenken abgesehen aber wurde von den Majoritäten der Abtheilungen ausgeführt, daß die Annahme des Antrags „nicht nur zwecklos, sondern sogar nachtheilig“ sein werde. Es werden nun die Beschwerdepunkte aufgeführt, welche die Motive des Antrags bilden: die auswärtige Politik, besonders in der deutschen Frage, die innern Zustände, die Lasten der Mobilmachung und deren ungleiche Vertheilung, die mangelnde Rechtfertigung über die Verwendung des Credits aus dem Gesetze vom 7. März v. J., die Erhebung von Einnahmen und deren Verausgabung vor Feststellung des Etats, die Anmuthung einer Vermehrung der unverzinslichen Staatsschuld um noch 10 Millionen, die Verzögerung der Einführung der Gemeindeordnung, die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch willkürliche Ausweisungen und die Verkümmern der Pressfreiheit. Die Commission entgegnet hierauf: Was zunächst die innern Angelegenheiten betreffe, so seien solche theils erledigt, theils sei ihre Erledigung „in dem durch die Geschäftsordnung vorgezeichneten Wege“ angebahnt, und es würde nur Doppelarbeit und Verwirrung herbeigeführt werden, wenn neben den bestehenden Commissionen für jene Angelegenheiten eine besondere Untersuchungscommission mit dem Auftrage versehen werden sollte, sich zu informiren und ihr Gutachten abzugeben. Namentlich sei die Zurückführung des Heeres auf den Friedensfuß angeordnet, die Kriegskosten seien bereits der Kammer zur Beschlußnahme vorgelegt; über den Credit vom 7. März habe der Rechenschaftsbericht früher vorgelegen als der Antrag des Hrn. v. Vinde u. s. w. Wenn wirklich — heißt es weiter — eine ungerechtfertigte Verzögerung der Einführung der Gemeindeordnung stattfinde, so werde es denjenigen Deputirten, welche Beschwerde darüber zu führen hätten, nicht an den Mitteln fehlen, solche zur Geltung zu bringen, ohne daß es deshalb einer allgemeinen Untersuchung bedürfe, da in vielen Landestheilen eine solche Verzögerung nicht vorkomme, in andern diese als durch die Umstände gerechtfertigt angesehen werde; was die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch Ortsausweisungen betreffe, so habe die Kammer schon Veranlassung gehabt, ihre Ansicht darüber kundzugeben, und die vermeintlichen Beschwerden über Verkümmern der Pressfreiheit würden Erörterung und Erledigung bei den Berathungen über das von der Regierung vorgelegte Pressgesetz finden, welches nächstens in die Kammer eingebracht werden müsse. Anders stehe es allerdings mit der auswärtigen Politik; sie bilde nicht so wie die innern Zustände einen Gegenstand der regelmäßigen Thätigkeit der Kammer. Die Majorität derselben habe aber die Adressdebatte abgebrochen und damit erklärt, von der Gelegenheit, die auswärtige Politik ihrer Beurtheilung zu unterwerfen, einen Gebrauch nicht machen zu wollen. Sie habe dadurch die Ansicht kundgegeben, „daß sie von einer solchen Kritik unter den gegebenen Verhältnissen kein dem Lande erspriessliches Resultat erwarte“. Zugleich macht der Berichterstatter auf die Gefährlichkeit einer solchen öffentlichen Kritik aufmerksam. Die Niederlegung einer Commission für diesen Zweck würde lediglich Aufregung im Lande hervorrufen, das Vertrauen zur Regierung schwächen, auf Handel und Verkehr lähmend wirken, „die sich eben von dem harten Stöße zu erheben begonnen, welchen ihnen die drohende Kriegsgefahr versetzt“. Die vermeintlichen Vortheile, die der Antrag etwa bringen könnte, verschwänden vollends einem so sichern Nachtheile gegenüber. Aus diesen Gründen scheine demnach auch die auswärtige Politik unsers Ministeriums der Commission nicht geeignet, dem Antrage beizutreten.

* Lübeck, 1. März. Es gibt wol in der ganzen Welt keine Armeen, die aus so einander widerstrebenden, ja geradezu feindlichen Elementen zusammengesetzt ist, als Dies bei der österreichischen wenigstens zum Theil angenommen werden muß. Die Menge verschiedener Nationalitäten, die in dem gewaltigen Kaiserreiche nebeneinander wohnen, macht Dies leicht erklärlich, und wie bekannt, war es seit Metternich stets Politik Oesterreichs, eine Nationalität mittels der andern zu bewachen, niederzuhalten, im äußersten Falle auch niederzuwerfen. Dies mag unter Umständen bequem sein, allein es kann gelegentlich auch sehr gefährlich werden. Ein Staat, dessen ganze Existenz auf das Ansehen, die Sieghaftigkeit seiner bewehrten Söhne sich stützt, hat eine sehr precäre Stellung, wenn diese Söhne dem Staate, welchem sie dienen, mehr oder weniger abgeneigt sind. Aus Hamburg meldet man wiederholt, daß von den dort oder in der Nähe liegenden Ungarn sehr viele desertiren. Ein Soldat, der seine Fahne liebt und ehrt, thut Das nicht. Und könnte man die Lombarden fragen, die in und um Lübeck in Quartier liegen, so zweifle ich nicht, daß man ganz eigenthümliche Gedankenaussäuerungen hinsichtlich der Liebe hören würde, die sie zum Kaiserhause in ihrer Brust tragen. Kurz und gut, Oesterreich ist stark und siegreich durch sein Heer

* D
wurde
vidirte
mungen
enthält.
Staats
wenn s
halten,
treffende
an orde
seiner d
Die De
nen Pe

Baron
Bicay
glaubt,
eine Ci

Raming
gemeine
ungarise
so bitter

des lein
lener J
ben un
tige un

des fortwäh
fleischig
Ordens
Ebenso
des lein

Domini
die ob
hielt ei
sten M
Rom u
des fortwäh

Ordnung
widmen
Ordnung
allen

erhielt
schrift,
minic
den urf
zurichte
faste
geantw
widmen

remon
die von
werden
die Ci
nenag
zu ver
ten Kl
versam

Der G
aus M
Febr.
tuge D
Schule
Kräfte
geben
fen de
auf zu
die G
möglich
breitet
nungen

and
halb
helden
der T
der st
genbl
rika b
lich
andern

Der G
aus M
Febr.
tuge D
Schule
Kräfte
geben
fen de
auf zu
die G
möglich
breitet
nungen

and
halb
helden
der T
der st
genbl
rika b
lich
andern

and
halb
helden
der T
der st
genbl
rika b
lich
andern

and
halb
helden
der T
der st
genbl
rika b
lich
andern

and
halb
helden
der T
der st
genbl
rika b
lich
andern

und schreibt Deutschland Gesetze vor, glücklich aber möchten wir es des- halb doch nicht preisen.

Man schreibt der Kölnischen Zeitung aus Hamburg: Der durch heldenmüthige Führung und den Untergang des Dampfantriebsbootes von der Lahn so bekannt gewordene Marinelleutnant Lange befindet sich unter den bald austretenden Marineoffizieren und verweilt augenblicklich hier, wird sich aber wahrscheinlich sehr bald nach Südamerika begeben. Die im Werden begriffene „deutsche Flotte“ kann natürlich mit aller Gemüthsruhe so brave Seeleute, wie den Leutnant Lange, andern Nationen überlassen.

Prag, 1. März. Die heutigen Prager Novine melden Folgendes: Der Cardinal-Erzbischof Schwarzenberg, der sich in der nächsten Woche aus Anlaß kirchlicher Angelegenheiten nach Wien begibt, lud am 25. Febr. alle prager Pfarrer zu sich, um sich mit ihnen über einige wichtige Dinge zu besprechen. Vor Allem legte derselbe den Pfarrern die Schule ans Herz, indem er bemerkte, wie nothwendig es sei, mit allen Kräften nach ihrer Hebung zu streben, damit der Welt der Beweis gegeben werde, daß die „Schule in Verbindung mit der Kirche“ am besten dem gewünschten Gedeihen entgegengehe. Außerdem kam die Rede auf zwei andere Gegenstände empfindlicher Natur; auf die Agenden und die Haustausen. Was diese letztern betrifft, so habe sich unter den vermöglicheren Familien in Prag die „höchst unlöbliche Gewohnheit“ verbreitet, daß nicht nur die Tausen der Kinder, sondern auch die Vorsetzungen der Mütter zu Hause abgethan werden. In Bezug auf die Ceremonien beim Gottesdienste wurde auf verschiedene Bücher hingewiesen, die von der geistlichen Behörde nicht approbirt sind und hier und da benutzt werden sollen. Der Cardinal erklärte, „er wünsche, verlange und wolle“, daß die Einheit gewahrt, und darum auch die gewöhnliche prager Ceremonienagenda gebraucht werde. Endlich gab der Cardinal den Anwesenden zu verstehen, daß er bald nach seiner Rückkehr von Wien den gesammten Klerus, Pfarrer und Kaplane zur ersten ordentlichen Conferenz zu versammeln gedenke.

Dasselbe Blatt bringt heute noch nachstehende Notiz: Vor kurzem erhielt das hiesige Dominicanerkloster von Rom aus eine zweite Zuschrift, in welcher die Herstellung eines der Ordenshäuser für solche Dominicanerpriester verlangt wird, welche ihr Leben vollständig nach den ursprünglichen und äusserst strengen Regeln des heil. Dominicus einzurichten sich entschließen sollten. Auf eine erste, in diesem Sinne abgefasste Zuschrift hatte der Vorstand des hiesigen Klosters bei St. Egidius geantwortet, daß sich kaum irgend Jemand einem so strengen Leben widmen dürfte, und daß es auch bei dem gegenwärtigen Stande des Ordens unmöglich wäre, den Vorschriften des heil. Ordensstifters in allen Dingen pünktlich nachzukommen, da sich seit der Gründung des Dominicanerordens Vieles geändert habe. Auf diese Antwort kam nun die oben erwähnte zweite Zuschrift. Der hiesige Dominicanerconvent hielt eine zweite Berathung und es wurde beschlossen, die bereits im ersten Antwortschreiben beigebrachten Gründe dem Vater-Ordensgeneral in Rom nochmals zur geneigten Berücksichtigung vorzulegen. Die Regel des Dominicanerordens ist sehr streng. Allen Gliedern des Ordens ist fortwährendes Fasten vorgeschrieben und nur den Schwerkranken ist der Fleischgenuss erlaubt. Die Dominicaner sollen keine Stiefel tragen, im Ordenshause nur Sandalen, in der Kirche aber Schuhe gebrauchen. Ebenso soll kein Ordensmitglied ein weltliches Kleid anziehen und statt des leinenen Hemdes soll unter dem gewöhnlichen Ordenshabit ein wol- lener Rock getragen werden. Für alle Zeit ist die Clausur vorgeschrieben und das Silentium (vollständiges Stillschweigen) soll nie ohne wichtige und gottesfürchtige Gründe gebrochen werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wir lesen im Neuigkeitsbureau: Dem Vernehmen nach ist Oberst Raming des Generalquartiermeisterstabes beauftragt, die in der Allgemeinen Zeitung erschienenen russischen Kriegsberichte über den ungarischen Feldzug, worin das Benehmen des Feldzeugmeisters v. Haynau so bitter getadelt wird, einer wahrheitsgetreuen Beleuchtung zu unterziehen.

Dem „Magyar Hirlap“ schreibt man: Dieser Tage wurden dem Baron Sina die Herrschaften Gödöllö und Hatvan durch Hrn. Karl Viczay gerichtlich zuerkannt; der Kaufpreis war 6,520,000 Fl. Man glaubt, Baron Sina werde von Pesth nach Hatvan auf eigene Kosten eine Eisenbahn bauen lassen.

Königreich Sachsen.

* Dresden, 3. März. Zweite Kammer. In der letzten Sitzung wurde die Berathung des Deputationsberichts über Abschn. VII der revidirten Verfassungsurkunde bei §. 76 fortgesetzt, welcher die Bestimmungen über die Stimmberechtigung zu den Urwahlen für die II. Kammer enthält. Demgemäß sollen alle männlichen, wenigstens 25 Jahre alten Staatsangehörigen an ihrem wesentlichen Wohnsitz dazu berechtigt sein, wenn sie a) mindestens seit drei Jahren in Sachsen sich wesentlich aufhalten, b) entweder ein mit Wohnsitz versehenes Grundstück in dem betreffenden Wahlbezirk eigenthümlich besitzen oder mindestens 2/3 Thlr. an ordentlichen directen Steuerabgaben entrichten, und c) ihnen sonst keiner der im Wahlgesetz bestimmten Ausschließungsgründe entgegensteht. Die Deputation, welche (wie die Verfassung von 1831) alle angehörenden Personen, auch wenn sie zu der ärmern Classe gehören, stimm-

berechtigt wissen will, schlägt vor, in den Passus unter b) statt Steuerabgaben zu setzen: Staatsabgaben; der Abg. Haberhorn geht noch weiter und beantragt, daß außer allen Angehörigen noch Diejenigen stimm- berechtigt sein sollen, welche mindestens 1 Thlr. auf dem Lande und in den kleinen Städten, 1/2 Thlr. in mittlern und 2 Thlr. in großen Städten an ordentlichen directen Staatsabgaben entrichten. Gegen dieses Amendement sprach sich außer vielen Abgeordneten auch der Minister v. Friesen aus, letzterer unter Andern deshalb, weil bei einem Censur von 2/3 Thlrn. fast nur ganz unselbständige Personen ausgeschlossen sein würden (?). Dasselbe wurde denn auch bei der Abstimmung abgelehnt, und der Antrag der Deputation gegen 8 Stimmen und sodann der §. 76 als §. 7 des neuen Gesetzes gegen 6 Stimmen angenommen.

Der nun folgende §. 77 der Regierungsvorlage handelt von der Wählbarkeit zur II. Kammer, und es soll demselben zufolge jeder zum Wahlmann und zum Abgeordneten innerhalb seines Bezirks Stimmberechtigte (§. 76) wählbar sein, wenn er wenigstens 30 Jahre alt ist, nicht in ausländischen activen Diensten steht und mindestens 10 Thlr. an ordentlichen directen Staatsabgaben jährlich entrichtet. Die Deputation will aber den Censur für die Städte nach drei Sägen normiren und für das platt Land den Censur von 10 Thlrn. nur für die Wahlmänner beibehalten, dagegen für die Abgeordneten auf 30 Thlr. erhöhen. Sie schlägt deshalb vor, den Paragraph zu trennen und denselben als §. 8 und 9 des neuen Gesetzes so zu fassen:

§. 8. Wählbar als Wahlmann innerhalb der Wahlabtheilung, worin er seinen wesentlichen Wohnsitz hat, ist jeder nach §. 7 Stimmberechtigte, sofern er a) das 30. Lebensjahr überschritten hat, b) nicht in ausländischen activen Diensten steht und c) auf dem platten Lande mindestens 10 Thlr., in großen Städten mindestens 12 Thlr., in mittlern mindestens 8 Thlr. und in kleinen mindestens 5 Thlr. jährlich an ordentlichen directen Staatsabgaben entrichtet.

§. 9. Zur Wahl eines Abgeordneten für die II. Kammer aus einem städtischen Wahlbezirk befähigen die §. 8 namhaft gemachten Eigenschaften ebenfalls. Wählbar zum Abgeordneten der II. Kammer aus einem ländlichen Wahlbezirk sind nur diejenigen nach §. 7 stimmberechtigten Personen, welche die §. 8 unter a und b bezeichneten Eigenschaften haben, außerdem aber mindestens 30 Thlr. jährlich an ordentlichen directen Staatsabgaben entrichten. Für Stadt und Land wird dabei der wesentliche Wohnsitz innerhalb des Wahlbezirks erfordert.

Da hierdurch die bisher geltende Bestimmung, wonach Mitglieder der städtischen Behörden als solche und ohne Rücksicht auf Censur wählbar waren, aufgehoben würde, so stellte Abg. Zahn ein auf Beibehaltung dieser Bestimmung bezügliches Amendement, welches aber nicht hinreichende Unterstützung fand. Mehrere andere Abgeordnete stellten noch verschiedene Anträge, welche sich ausschließlich auf eine anderweite Normirung des Censur bezogen; auch Minister v. Friesen sprach sich entschieden gegen den Deputationsantrag aus, da dieser bei den städtischen Abgeordneten keinen Unterschied zwischen dem Censur zum Wahlmann und dem Censur zum Abgeordneten mache. Trotzdem wurde bei der Abstimmung das Deputationsgutachten (also die §§. 8 und 9 in obiger Fassung) gegen 24 Stimmen von der Kammer angenommen, wodurch die andern Anträge und die Regierungsvorlage von selbst ihre Erledigung fanden.

< Dresden, 2. März. Mancher, der aus der Fremde nach Dresden kommt und sich darauf freut, die sächsische Hauptstadt auch einmal in weltgeschichtlicher Stimmung sehen zu können, mag bitter täuscht über die farblose Alltagsphysiognomie derselben seinen Fuß weiter setzen. „Gehobene Stimmung?“ fragt der Dresdener trocken, dummes Zeug! Warum denn auch? Ohne Sang und Klang, mitten durch die kreuz und quer aufgebauten Weihnachtshäuser, ist die jüngste deutsche Weltgeschichte bei uns eingezogen und mit noch weniger Aufsehen, aber etwas mehr Beschämung wird sie wieder dahin ziehen, woher sie gekommen ist, nach Berlin, nach Wien und nach den übrigen Duzenden von Hauptstädten. Das klingt sehr nüchtern und unpatriotisch, aber es ist dem dresdener Charakter ganz angemessen. Leider klingt es auch mehr prophetisch, als der bewegtere Patriot noch im December des vergangenen Jahres wol hätte zugestehen mögen. Diese nüchternen, aber nicht ganz unpraktische Anschauungsweise unsers Publicums macht es denn auch erklärlich, daß man sich um die am 23. Febr. abgehaltene Plenarversammlung nicht viel kümmert als um eine diplomatische Kaffeegesellschaft, an der einige diplomatische Notabilitäten theilnahmen. Den Persönlichkeiten wendet sich das Interesse zu, nicht der Sache; man liest lieber, daß Hr. v. d. Pfordten entsetzlich lange Reden gehalten habe und daß Dies auf gewissen Seiten sehr misfällig aufgenommen worden sei, als daß man wissen will, was er gesprochen hat. Die Anekdote geniest für den Augenblick in Dresden mehr Ansehen als die Geschichte der Conferenz. Und wenn ein Vorfall, wie die vielbekannte Prügelei, die anekdotenhafte Stimmung durch etwas leidenschaftliche Entrüstung unterbricht, so hat Dies keine andere Folge als die, daß das Stadtgespräch eine Zeit lang sich fast ausschließlich an die Details eines solchen Vorfalls anschließt und in freilich oft etwas leichtfertiger Art darüber zu Gericht sith. Diese Straßenbrutalität ist für die Debatte wirklich ein Ereignis von unerschöpflichem Stoffe. Eine Aufforderung des Justizamts, daß etwaige Zeugen unverzüglich ihre Wissenschaft von der Sache zu Protokoll geben sollen, regt das Interesse neu an. Von dem durch die Sächsische Constitutionelle Zeitung namhaft gemachten Reiteroffizier erzählt man sich, daß er bereits am 24. Febr. um seinen Abschied eingekommen sei; eine namhafte Summe, die in diesen Tagen dem schwer Gemishandelten übergeben worden, soll von diesem — die

Dresdener Gama erzählt Dies mit besonderm Nachdruck — nicht angenom- men worden sein. — Auch den gegenwärtigen Kammerverhandlungen gelingt es nicht, das Tagesgespräch ernstern Stoffen zuzuwenden. Als Zeichen der Theilnahme, die denselben hier geschenkt wird, erzählt die Freimüthige Sachsen-Zeitung, daß die Verfassungsdebatte vorgestern nicht mehr als 13 Zuhörer auf die Tribüne gelockt habe. Ich war zu discret, Ihnen dieselbe Mittheilung zu machen.

Leipzig, 3. März. Von mehren Raiangeklagten, welche kürz- lich ihr Urtheil empfangen, ist namentlich Benno Haberland in Golditz zu erwähnen, ein junger demokratischer Dichter, der zu lebenslänglichem Zuchthaus ersten Grades verurtheilt wurde. Der Conrector Lindemann aus Plauen, der, wie wir neulich meldeten, nach Waldheim ins Zucht- haus abgeführt worden ist, hat die Erlaubniß erhalten, sich dort mit literarischen Arbeiten zu beschäftigen. Er übersetzt, wie wir hören, den Ovidius. Dagegen ist Röckel, dem früher dieselbe Begünstigung zu- theilgeworden war, seit einiger Zeit wieder am Spinnrade beschäftigt. Die verbauener Raiangeklagten Schankwirth Roth, Buchhändler Schrei- ker und Apotheker Zückler, welche, wegen ihrer Theilnahme an den Matereignissen zu acht- und resp. siebenjähriger Zuchthausstrafe 1. Gra- des verurtheilt, mit Aufhebung der zweiten Instanz die Gnade des Kö- nigs angerufen haben, sind Ersterer zu einem Jahr Arbeitshaus, letztere Weiden zu je zwei Jahren Landesgefängniß begnadigt worden. — Das schon öfters angeregte Project einer Zweigeisenbahn vom Zwickauer Bahnhofe nach den in der Umgegend von Zwickau gelegenen Kohlenwerken scheint auch höhern Orts Anklang gefunden zu haben, da die Regierung

zunehmende die nöthigen Vermessungen hat vornehmen lassen, welche viel Hoffnung auf leichte und wohlfeile Ausführung der Bahn geben sollen. Der Bau ist im höchsten Grade zweckmäßig und nothwendig, da die von Zeit zu Zeit mit ungeheuren Kosten herzustellende Chaussee zwischen Zwickau und Bockwa theils wegen mangelhaften Materials, theils wegen der ungeheuren Frequenz schweren Fuhrwerks (in Bockwa werden jährlich gegen 14,000 Tole. an Wege- und Brückengeldern eingehoben) den immer steigenden Anforderungen des Verkehrs nicht mehr genügen kann.

Handel und Industrie.

Table with 2 columns: Leipzig-Dresdener Bahnfrequenz und Einnahme vom 23. Febr. bis mit 1. März. 1851; and Vom 1. Jan. bis 1. März. 60,222 Personen, Einnahme 75,333 Tole. 14 Ngr. 6 Pf.

Sämmtliche schon gestern Nacht fällige Posten auf der Berliner und Dresdener Bahn waren am Schlusse unsers Blattes (10 Uhr) noch nicht in Leipzig eingetroffen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung. Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Querstraße, Nr. 8) und Dresden (bei E. Götner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Soeben ist bei Immanuel Müller, Buchhändler in Leipzig erschienen und kann durch alle Buchhand- lungen bezogen werden:

Oestreich, Preußen und Deutschland.

Mit einem Sendschreiben an den Grafen E. Ficquelmont, von Dr. Anton Heinrich Springer. Gr. 8. 5 Bogen in Umschlag brosch. Preis 12 Ngr. oder 40 Kr. C. M.

Theilweise gegen G. Ficquelmonts bedeutame Schriften gerichtet, hat Springers Broschüre zum Hauptzweck, im Sinne und Interesse der Majorität der östreichischen Völker den Gegenstand der Dresdener Conferenzen einer erschöpfenden Kritik zu unterwerfen. Nachdem Preußens und Oestreichs Ansprüche auf die deutsche Hegemonie histo- risch abgewogen werden, untersucht der Verfasser das notwendige Schicksal aller Bundesprojecte, wie sie gegenwärtig vorliegen, erörtert den Plan der östreichisch-deutschen Zollvereinigung vom politischen und ökonomischen Standpunkte und gibt die Bedingungen an, unter welchen an die Realisirung eines „Völkerbundes“, wozu alle Einigungs- projecte schließlich hinauslaufen, gedacht werden kann. Die vorliegende Schrift schließt sich den früheren historischen und politischen Arbeiten des Verfassers in Form und Auffassung vollkommen an. [470-72]

Bei F. A. Brockhaus in Leipzig erscheint: [510]

Illustrirte Zeitung für die Jugend.

Herausgegeben von M. S. C. Wolbeding. Mit vielen Illustrationen.

Sechster Jahrgang. 1851. Schmal gr. 4. Preis: der Jahrgang 2 Thlr.; das Halbjahr 1 Thlr.; das Vierteljahr 15 Ngr.

Wöchentlich erscheint 1 Bogen, die Zeitschrift wird aber auch monatlich ausgegeben. Von Zeit zu Zeit wird ein literarischer Anzeiger beigelegt. Die Insertionsgebühren betragen für den Raum einer Zeile 2 Ngr. Besondere Beilagen u. dgl. werden gegen Vergütung von 1 Thlr. für das Laufend beigelegt.

Februar. Nr. 5-8.

Inhalt: *Am Grabe der Mutter. — Erinnerungen aus dem Leben eines wackern Mannes. (Fortsetzung.) — Der doppelte Geburtstag. (Schluß.) — *Winterreise in Rußland. — *Zwei neue Bilderbücher mit Tiergeschichten. (Schluß.) — Das wahre Gold. — *Elisabeth Fry. — Das Zuckerrohr. — *Die Pinie. — *Die graue Kanzel. — Jeder Schalk findet seinen Meister. — Wie es in Konstantinopel bei einer Feuerbrunst zugeht. — Sperling und Adler. — Die Blumenwelt nach Raum und Zeit. — *Blumensprache für die Jugend. — *Die Ueberschwemmung. — *Kampf eines Nilpferdes und Krokodils und Jagd auf dieselben. — Die Sagopalme. — *Mädchen und Kä- chen. — *Chinesische Soldaten. — Denkspruch. — *Kinderbewahranstalten. — *Eichhörnchen. — *Fibele. — *Vom halbeschen Messerschneider. — Der junge Sperling. — *Blumensprache für die Jugend. — *Mannichfaches. Die mit * bezeichneten Aufsätze enthalten Abbildungen.

Die ersten drei Jahrgänge der Illustrirten Zeitung für die Jugend (1846-48) kosten zusammengenommen im herabgesetzten Preise geheftet 3 Thlr., gebunden 3 Thlr. 24 Ngr. Einzeln kostet jeder Jahrgang, auch der vierte (1849), geheftet 2 Thlr., gebunden 2 Thlr. 8 Ngr.

Das berühmte und in ganz Sachsen genügend bekannte [490-509]

Kummerfeld'sche Waschwasser,

worüber jeder Flasche gerichtlich beglaubigte Zeugnisse beigegeben werden, ist einzig und allein — die ganze Flasche zu 2 Thlr. 5 Ngr. — die halbe Fl. zu 1 Thlr. 10 Ngr. — die Viertelfl. zu 20 Ngr. — zu beziehen von Dr. Ferd. Jansen, in Weimar.

Leipziger Tageskalender.

Dampfwagen-Abfahrten von Leipzig.

- 1) Nach Hof, über Altenburg, ingl. nach Nürnberg u. München. Personenzüge um 6, 12, 3 Uhr, letzterer Zug mit Uebernachten in Plauen. — Auf derselben Tour. Güterzug mit Personenbeförderung, jedoch nur bis Zwickau und bis Reichenbach, Morgens 7 Uhr. 2) Nach Berlin, über Köthen, ingl. nach Frankfurt a. d. O. und nach Stettin. Personenz. 6 1/2 u. 3 1/2 u. 3) Nach Berlin, über Radeburg, ingl. ebenso nach Frank- furt a. d. O. und nach Stettin. Personenz. 6, auch comb. Personenz. und Güterzug 12 1/2 Uhr. 4) Nach Dresden, über Riesa, ingl. nach Görlitz, Dres- lau, Bittau, Pirna, Prag u. Wien. Personenz. 6, Güterz. 10, Personenz. 12 1/2 u. 5, auch Güterz. 5 1/2 u., letzterer mit Uebernachten in Riesa. 5) Nach Frankfurt a. M., über Kassel u. Gießen, direct, (auch nach Köthen, allein von da nicht weiter). Com- bin. Personenz. u. Güterz. Morgs 5 U. — Gleichfalls nach Frankfurt a. M., aber mit Uebernachten in Eisenach. Personenz. 6 1/2, Güterz. 7 1/2 u. Personenz. 12 U. — Auf derselben Tour. Personenz. Abds. 5 U., jedoch nur bis Erfurt, woselbst er verbleibt. 6) Nach Magdeburg, über Köthen, ingl. nach Halber- stadt u. Bremen, Köln, (Paris u. London) Meck- lenburg u. Hamburg, beziehentlich mit Uebernach- ten in Minden, in Hannover, in Helsen, u. in Witten- berge. Personenz. 6 1/2, Güterz. 7 1/2, Personenz. 12 u. Abds. 5 U.; ferner noch Güterz. 6 1/2 U., letzterer mit Uebernachten in Köthen. (dabei auch nach Bern- burg Personenz. 6 1/2, 12 u. 5 U.) Endlich aber di- rect nach allen vorerwähnten Orten: combin. Per- sonenz. u. Güterz. Abds. 9 1/2 Uhr.

Bibliotheken: Universitäts-Bibliothek, 2-4 Uhr. Gemälde-Ausstellung des allgemeinen Kunstvereins im Kunstsalen der Centralhalle, 8-4 Uhr. Del Vecchio's Kunstausstellung (Kunsthalle), 10-4 U.

Theater. 98. Abonnementsvorstellung. Curpante, große historisch-romantische Oper in 3 Handlungen. Dichtung von Helmine Chezy. Musik von K. W. von Weber.

Familien-Nachrichten.

Getraut: Fr. A. Bergmann in Leipzig mit Fr. E. Secht aus Görlitz. — Fr. A. Gullig in Pulsnitz mit Fr. B. Feist. — Fr. K. Javff in Alten a. d. Elbe mit Fr. E. Schwerdtfeger aus Battauna bei Eisenburg. Geboren: Fr. J. Flemming in Leipzig ein Sohn. — Frn. Amtsactuar Otto in Leipzig ein Sohn. Gestorben: Fr. Cand. theol. Hansen in Leipzig. — Fr. Kammergutpachter Hempel in Litz bei Gera. — Fr. L. A. Gößler in Leipzig. — Fr. Hausbesitzer Gabschmann in Leipzig. — Frau Schneidermeister Kersten in Leipzig. — Fr. Gutsauszügler Köffner in Gressendorf. — Fr. K. S. Sturm in Leipzig. — Frau Schneider- meister Ziegenhorn in Leipzig.

Leipzig, 3. März. ...

*Wir ... das der heu- Zeitung üb- 23. Febr. n- den leiden- belgemein- zu den Be- es aber ni- Sprache st- oft auf B- diese Waff- Grenze, we- staaten jäh- hen davon- denten aus- Blättern D- wird, entsch- Hintergrun- Plenarsitu- nichts zusta- tionalsmu- schuldei! I- hat durch- Plenarsitu- an die le- innern. Al- sidium im- menverme- verwarf di- bei von ve- wehr der- eben nicht- den Partic- zu rufen. sigung in- wie sie die- umkehren,

Die aus Alto- ausdsehen- Habe unse- Diejenigen- Kampfe bei- legen, so- es muß fü- die durch- deren hier- sechs bis- darauf rid- unserer H-

++ Be- gen zwisch- dungen ne- reichliche u- geneinander- ten und v- Alternativ- Seiten De- lich unione- hinaus da- fast mit- Die preuß- Berlegenh- der Union- Preußen s-